

Kurzinformation der Staatendokumentation

Palästinensische Gebiete - Gazastreifen - Sicherheitslage, - Ein- und Ausreise

Relevant für Länderinformationsblatt:

NEIN (da aktuell kein LIB)

Inhaltsverzeichnis

1 Sicherheitslage.....	2
1.1 Rolle der Hamas im Gazastreifen und die geplanten Verwaltungs- und Sicherheitskräfte.....	10
2 Bewegungsfreiheit innerhalb des Gazastreifens.....	12
2.1 Ein- und Ausreisemöglichkeiten.....	13

1 Sicherheitslage

Die Präsenz am Boden im Gazastreifen stellt sich aktuell so dar, dass israelische Truppen das lila Gebiet kontrollieren (OCHA OPT 6.5.2026), während das weiße Gebiet unter Kontrolle der Hamas steht (siehe Quellen weiter unten). Fast zwei Millionen Menschen leben im von der Hamas gehaltenen Gebiet (TOI 23.2.2026).

Das Passieren des Grenzübergangs Rafah an der Grenze zu Ägypten ist für eine beschränkte Zahl an Personen möglich (OCHA OPT 6.5.2026):



Quelle: OCHA OPT 6.5.2026

Die besetzten palästinensischen Gebiete sind gemäß Beschreibung von OCHA OPT (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) mit einer langwierigen humanitären und politischen Krise konfrontiert, die durch mehr als 56 Jahre israelischer Militärbesatzung, 16 Jahre Blockade des Gazastreifens, innerpalästinensischer Spaltung, Menschenrechtsverletzungen sowie wiederkehrende Eskalationen der Feindseligkeiten

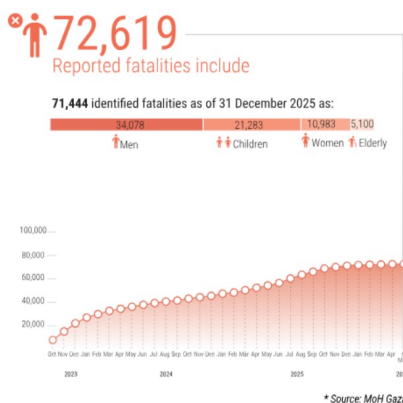
zwischen israelischen Sicherheitskräften und palästinensischen bewaffneten Gruppen gekennzeichnet ist. Die im Oktober 2023 begonnenen Feindseligkeiten führten demnach „zu einem beispiellosen Ausmaß an Zerstörung und Leid“, darunter Zehntausende palästinensische Opfer, Hunderte israelische Opfer und über 240 Geiseln aus Israel (*Anm.: die von der Hamas und ihren Verbündeten in den Gazastreifen verschleppt wurden*). Nahezu die gesamte derzeitige Bevölkerung Gazas von 2,1 Millionen Menschen wurde vertrieben und hat keinen Zugang zu ausreichenden Unterkünften, Nahrungsmitteln, lebensrettenden medizinischen Leistungen, sauberem Wasser, Bildung und Existenzgrundlagen (OCHA OPT o.D.a.).

Das Waffenstillstandsabkommen vom Oktober 2025 und die Verabschiedung der Resolution 2803 des UN-Sicherheitsrats müssen sich erst noch in konkreten Verbesserungen im Gazastreifen niederschlagen, die es der UNO (ihrer eigenen Einschätzung zufolge) und ihren Partnern ermöglichen würden, einen auf Schutz ausgerichteten Waffenstillstandsplan wirksam umzusetzen und humanitäre Hilfe in dem Umfang zu leisten, der erforderlich ist, um den akuten Bedürfnissen der palästinensischen Bevölkerung gerecht zu werden (OCHA OPT o.D.a.)

OCHA OPT vermeldet mit Stand 6.5.2026 unter Berufung auf das palästinensische Gesundheitsministerium (*Anm.: der Hamas*) 72.619 palästinensische Tote sowie 172.484 Verwundete im Gazastreifen seit 7.10.2023. In Israel starben gemäß israelischen Medien am 7.10.2023 und seither über 1.200 Menschen, darunter auch ausländische StaatsbürgerInnen. Ungefähr 5.400 Personen in Israel wurden verletzt. Im Gazastreifen starben bisher 472 Israelis und 3.004 Israelis wurden verwundet – dabei handelt sich jeweils um Militärs. Die Graphiken verwenden eine kumulative Darstellung der Zahl an Toten und Verletzten (OCHA OPT 6.5.2026):

REPORTED CASUALTIES (Cumulative) as of 6 May 2026

Palestinians*



Israelis**



Quelle: OCHA OPT 6.5.2026

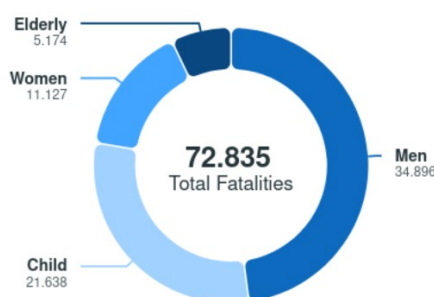
Die oben genannten Zahlen sind noch von der UNO zu verifizieren. Die Zahlen stammen vom (Anm.: palästinensischen) Gesundheitsministerium und den israelischen Behörden. In Bezug auf die (Anm.: in der Grafik ersichtliche) Aufteilung nach Männern, Frauen und Kindern bezieht sich diese auf mit Stand 31.12.2025 voll identifizierte Personen aus einer höheren Zahl (OCHA OPT 6.5.2026).

Anm.: Das Gesundheitsministerium der Hamas (nicht zu verwechseln mit dem Gesundheitsministerium der Palästinensischen Autonomiebehörde in der Westbank) ist weiterhin oft die einzige oder hauptsächliche Quelle; den meisten Berichten zufolge werden die Zahlen als genau soweit unter den Umständen möglich eingestuft, wobei nicht zwischen Kämpfern und ZivilistInnen unterschieden wird.

Health Cluster gibt mit Stand 31.5.2026 die Zahl der Toten seit 7.10.2023 mit 72.939 und die Zahl der Verletzten mit 172.927 Personen an. Kinder, Frauen und alte Menschen machen der Graphik zufolge mit Stand 31.5.2026 etwas mehr als die Hälfte aller Todesopfer aus (Health Cluster 31.5.2026).



Fatalities Age & Sex Breakdown (As of 07 May 2026)

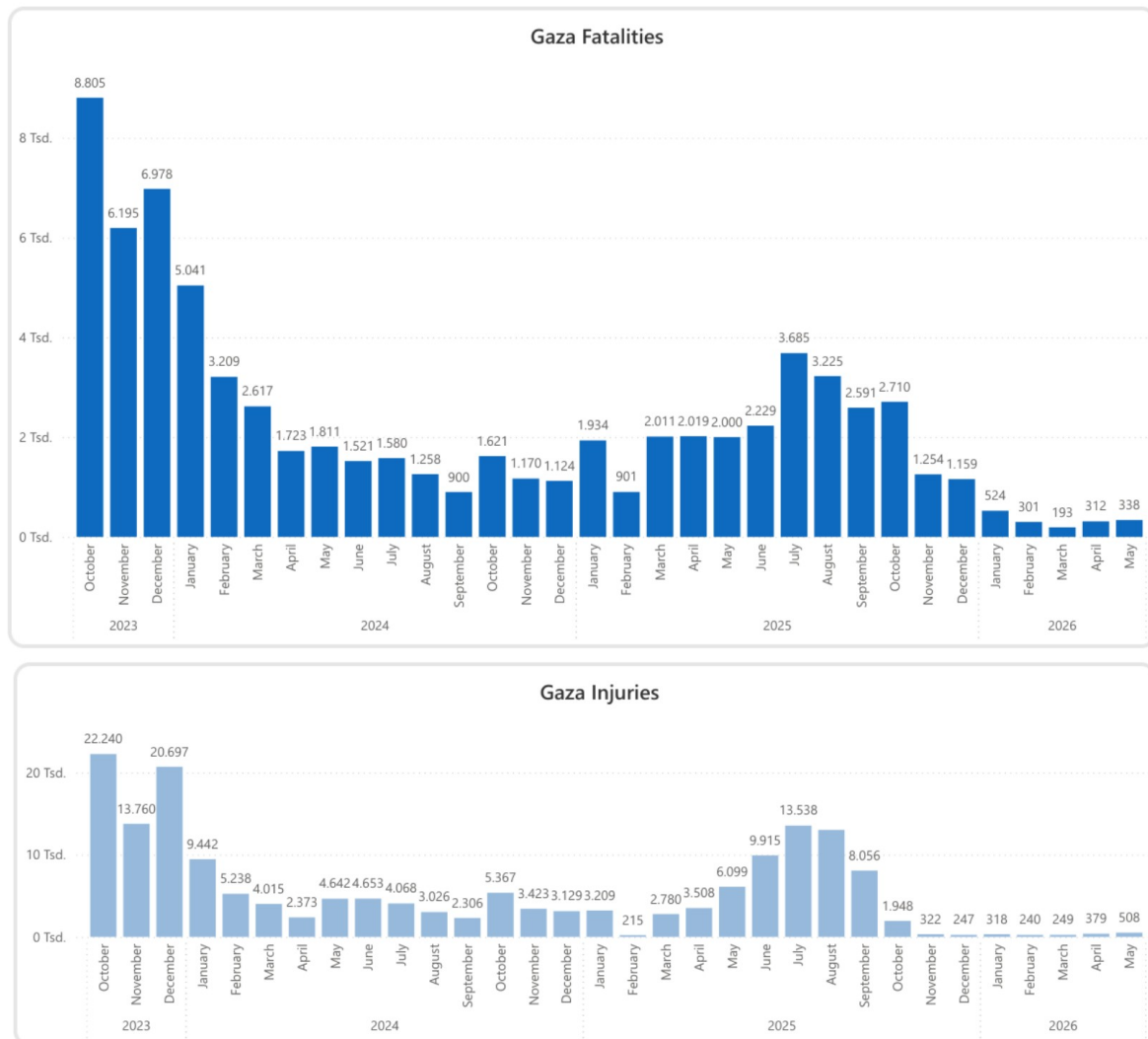


Quelle: Health Cluster Stand 31.5.2026

Nach den ersten hohen Todeszahlen am Beginn der Auseinandersetzung kam es im Juli 2025 zu einer neuen Spitze, wenn auch insgesamt geringer als zuvor. In den letzten Monaten gab es teilweise weniger oder ungefähr gleich viele Verletzte wie Tote – die Graphik verwendet Tausender-Einheiten (Health Cluster 31.5.2026).

Gaza Strip Casualties

Casualties as reported by the Palestinian Ministry of Health (since the 7th of October 2023)



Quelle: Health Cluster Stand 31.5.2026

Anm.: OCHA OPT und Health Cluster machen keine Angaben zum Anteil an ZivilistInnen unter den getöteten PalästinenserInnen im Gazastreifen.

Die israelischen Militäroperationen im Gazastreifen wurden trotz des Waffenstillstands fortgesetzt, wobei seither nach Angaben des dortigen Gesundheitsministeriums mindestens 910 Menschen getötet wurden (France24 27.5.2026). Seit Verkündung des Waffenstillstands am 10.10.2025 verzeichnete das Gesundheitsministerium einem zwei Tage früher erschienen Bericht zufolge 881 Tote und 2.621 Verwundete, wobei zwischen 12. und 20. Mai 24 PalästinenserInnen getötet und 159 Menschen verletzt wurden (OCHA OPT 25.5.2026).

Der April 2026 war laut ACLED mit mehr als 140 gemeldeten Todesopfern im Zusammenhang mit israelischer Gewalt der tödlichste Monat in Gaza seit Januar. Die israelischen Streitkräfte verstärkten ihre Angriffe, und die Zahl der gewalttätigen Vorfälle stieg im Vergleich zum März um 35 %. Bei rund 30 Vorfällen nahm Israel militante Hamas-Kämpfer, Mitglieder anderer bewaffneter Gruppen, Polizeibeamte und Polizeistationen sowie Sicherheitskontrollpunkte ins Visier. Israelische Streitkräfte führten zudem gezielte Tötungen durch, darunter die Ermordung des Leiters des militärischen Geheimdienstes der Hamas, der Berichten zufolge an der Planung des Angriffs vom 7. Oktober beteiligt war, sowie weiterer Mitglieder der Eliteeinheiten der Hamas. Die meisten Angriffe fanden westlich der Gelben Linie statt, die das von Israel kontrollierte Gebiet von den von der Hamas kontrollierten Gebieten westlich von Gaza trennt. In der Nähe der Gelben Linie kam es weiterhin zu Beschuss, Drohnenangriffen und Schusswechseln, die sich gegen Militante und ZivilistInnen, darunter Frauen und Kinder, richteten, die sich israelischen Streitkräften näherten. Seit Beginn des Waffenstillstands im Oktober 2025 hat Israel die Gelbe Linie schrittweise nach Westen ausgedehnt (ACLED 7.5.2026).

Das israelische Forschungsinstitut INSS (The Institute for National Security Studies) an der Universität Tel Aviv erwähnt sechs Milizen, die gegen die Hamas agieren. Ungefähr 40 „ungewöhnliche“ Demonstrationen gegen die Hamas (*Anm.: Referenzzeitpunkt ist vermutlich der 7.10.2023*) wurden mit Stand 17.5.2026 ebenfalls verzeichnet (INSS Stand 17.5.2026).

Anm.: Seit dem 7.10.2023 veröffentlichte Medienberichte über manche der gegen die Hamas gerichteten Milizen deuten darauf hin, dass diese nicht sehr groß und schlagkräftig sind.

Viele bewohnte Gebiete werden von OCHA OPT als unsicher eingestuft. Dort oder in ihrer Nähe kommt es zu wiederkehrenden Militärschlägen, Granatenbeschuss und Schießereien. Zwischen 16. und 17.5.2026 mussten mehr als 150 Familien aus dem östlichen Khan Younis und dem Osten von Gaza Stadt flüchten. Grund waren Panzerbewegungen oder Bombardierungen (OCHA OPT 25.5.2026).

OCHA OPT berichtet unter Berufung auf UNICEF mit Stand Dezember 2025, dass 58.000 Kinder einen oder beide Elternteile verloren haben (OCHA OPT 6.5.2026).

Das (*Anm.: vom Friedensrat Trumps eingesetzte*) technokratische „Nationale Komitee für die Verwaltung des Gazastreifens“ (NCAG) für die täglichen zivilen Angelegenheiten im Gazastreifen ist nun aktiv - aber nur von Kairo aus. Das Komitee steht unter der Leitung des ehemaligen stellvertretenden palästinensischen Ministers Ali Shaath und operiert unter der Aufsicht des Diplomaten Nikolay Mladenov (TOI 23.2.2026). Im halbjährlichen Bericht des Rats wird erwähnt, dass die Einrichtungen des Rats aus Geldmangel nicht wie geplant

operieren können. Neben dem Budgetloch durch die größtenteils noch nicht erfolgten Zahlungen werden „other authorities“ im Gazastreifen dafür verantwortlich gemacht, dass sie dem Rat nicht die Arbeit im Gazastreifen erlauben. Wenn die Hamas nicht dem Plan zustimmt, so soll er im „Terror-freien“ Teil umgesetzt werden – wozu jedoch die israelischen Truppen aus diesem Sektor abziehen müssten. Dem Bericht zufolge würde eine praktische Umsetzung des Plans erst nach Erhalt der ausstehenden Zahlungen möglich (Haaretz 20.5.2026). Anderen Berichten zufolge verfügt der Friedensrat (Board of Peace) von US-Präsident Donald Trump noch über gar keine Gelder in seinem offiziellen Fonds für den Wiederaufbau des Gazastreifens, obwohl die Mitgliedsländer Milliarden von Dollar zugesagt haben. Seit der Gründung des Ausschusses hat dessen Fonds – der von der Weltbank verwaltet und von den Vereinten Nationen gebilligt wird – keine Gelder erhalten. Die Quelle gab an, dass keine Gelder eingezahlt worden seien, weil der Fonds für die Wiederaufbau- und Entwicklungsphase vorgesehen sei, welche noch nicht erreicht wurde. Der Ausschuss soll jedoch laut Financial Times Spenden direkt auf ein Konto bei JPMorgan erhalten haben und dafür fehlen „unabhängige Transparenzauflagen“ (France24 27.5.2026).

Die Europäische Union und Norwegen haben ein eigenes Prozedere zur Weiterleitung von Finanzhilfen für den Gazastreifen – nämlich an je einen Fonds der Weltbank und der Vereinten Nationen. Dem Bericht des Friedensrats zufolge muss er nun versuchen, indirekt Spenden von der Europäischen Union und westlichen Staaten zu erhalten (Haaretz 20.5.2026).

Eine im April veröffentlichte Einschätzung von EU und UN ging davon aus, dass im nächsten Jahrzehnt mehr als 71 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau des vom Krieg verwüsteten Gazastreifens benötigt werden, wo die humanitäre Lage laut UN „kritisch“ ist (France24 27.5.2026).

Große europäische Staaten meiden den Rat, der stark von langjährigen US-Partnern im Nahen Osten, ideologischen Verbündeten Trumps und kleineren Ländern geprägt ist, die so Trumps Aufmerksamkeit erregen wollen. Frankreich und Großbritannien lehnten den Beitritt ab. Der Rat wird nicht nur von den Vereinigten Staaten geführt, sondern von Trump persönlich, der oberste Entscheidungen fällt, und auch über seine Präsidentschaft hinaus die Führung beibehalten kann. Trump hatte zuvor erklärt, dass die Vereinigten Staaten 10 Milliarden US-Dollar zu dem Ausschuss beisteuern würden, während Katar, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate jeweils mindestens 1 Milliarde US-Dollar zusagten. Gemäß der Satzung des Ausschusses müssen die Mitglieder 1 Milliarde US-Dollar für einen ständigen Sitz zahlen (France24 27.5.2026).

Die Pläne zur zivilen Verwaltung und zum Wiederaufbau des Gazastreifens geraten derzeit ins Stocken: das Nationale Komitee für die Verwaltung des Gazastreifens (NCAG) wartet in

Kairo auf die Erlaubnis (Israels), nach Gaza einzureisen. Der Rat hat enorme Schwierigkeiten, selbst die für den Start seiner Aktivitäten benötigte Summe von 1 Million US-Dollar aufzubringen (Haaretz 8.5.2026).

Trotz jüngster Gespräche zwischen dem israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu und des Hoher Repräsentanten (Anm.: wird tw. auch z.B. als Generalirektor titulierte) des Friedensrats Nikolay Mladenov in Jerusalem scheint keine der Parteien eine schnelle Lösung anzustreben. Es wird vielmehr davon ausgegangen, dass es vor den für Ende Oktober (Anm.: oder spätestens Ende Oktober) angesetzten israelischen Parlamentswahlen zu einer erneuten Eskalation im Gazastreifen kommen wird (Haaretz 8.5.2026b).

Israel, als einer der Akteure, die für das Gelingen des Plans Trumps verantwortlich sind, wird im Bericht des Friedensrats fast gar nicht namentlich erwähnt, obwohl die Hamas und andere bewaffnete Organisationen auch dem Entwaffnungsplan zustimmen müssen. Es werden Waffenstillstandsverletzungen „auf täglicher Basis“ und ihre humanitären Folgen erwähnt und so indirekt mehrmals darauf hingewiesen, dass Israel nicht seine Verpflichtungen einhält (Haaretz 20.5.2026).

Unklar ist, wie der Rat verfahren wird, wenn die Hamas weiterhin eine Entwaffnung ablehnt, während sie im westlichen Gazastreifen ihre Position verfestigt. Der Rat hat gemäß Beobachtern überhaupt keine Handhabe gegen die Hamas, außer der Möglichkeit einer erneuten israelischen Offensive, was aber den Friedensrat irrelevant machen würde. Auch bleibt unbeantwortet, wie der Rat bei Weigerung Druck auf Israel ausüben würde – der US-Wille, auf Israel trotz der wachsenden israelischen Abhängigkeit von den USA bei Militäraktionen Druck auszuüben gilt als „begrenzt“. Selbst bei US-Aufforderungen zu mehr Zurückhaltung während der Verhandlungen mit der Hamas verstärkte Israel seine Angriffe im Gazastreifen (Haaretz 16.5.2026).

Die BewohnerInnen, einschließlich Anführer der Klans, sind zunehmend der Ansicht, dass ein Langzeit-Stillstand herrscht. Sowohl hohe Hamas-Funktionäre wie Vertreter anderer palästinensischer Gruppen sehen dabei auch ein mangelndes Interesse der Trump-Administration, solange der Waffenstillstand einigermaßen hält. Gemäß einem mit den Verhandlungen Vertrauten plant Israel die Beibehaltung der Kontrolle von 53 Prozent des Gazastreifens mit Anpassungen je nach Entwicklung vor Ort, die komplette Kontrolle von Sicherheit und Luftraum sowie eine enge Überwachung der Bewegung der Bevölkerung und Güter, um „gezielt“ gegen die Hamas oder andere als Bedrohung wahrgenommene Gruppen vorzugehen. Dies umfasst die Beibehaltung der Kontrolle über große Gebiete des Gazastreifens (Haaretz 8.5.2026).

Mittlerweile gibt der israelische Premierminister Netanjahu zu, während der Waffenruhe seit Oktober 2025 das von Israel kontrollierte Gebiet auf 60 Prozent des Gazastreifens

ausgeweitet zu haben (TOI 17.5.2026). Dieses Gebiet soll nun auf 70 Prozent des Gazastreifens ausgedehnt werden (Haaretz 29.5.2026).

Der verbleibende Teil wird von der Hamas kontrolliert. Im Gebiet zwischen der Gelben Linie, an der auf sich nähernde Personen geschossen wird, und der neuen Orangen Linie (*Anm.: nicht auf obiger Karte eingezeichnet*) müssen Hilfsorganisationen ihre Fortbewegung mit den israelischen Streitkräften koordinieren. In dem Abschnitt aufhältige PalästinenserInnen fürchten eine andauernde israelische Präsenz und eine Gefährdung als potenzielle Ziele durch das israelische Militär. Gemäß The Times of Israel war es im jüngsten Statement des Premierministers auffällig, dass er nicht mehr – wie viele Male zuvor – die völlige Eliminierung der Hamas versprach (TOI 17.5.2026).

Von Mitte März bis 30.4.2026 starben in dem Streifen zwischen der Gelben und Orangen Linie 3 Palästinenser, von denen zwei für UNICEF und einer für die Weltgesundheitsorganisation arbeiteten, durch israelischen Beschuss. Ob ihre Bewegung in dem Gebiet mit Israel koordiniert war, war am 30.4.2026 noch offen (TOI 30.4.2026).

Die Gräben bei den Verhandlungen zum Gazastreifen zwischen Israel und der Hamas sind weiterhin groß, besonders bezüglich der Entmilitarisierung und die zukünftige Kontrolle des Gebiets. Dazu kommen die Wiedereröffnung des Rafah-Grenzübergangs, die Ausweitung der humanitären Hilfe und die Verbesserung der Lebensbedingungen für die Bevölkerung im Gazastreifen. Israel soll jedoch nicht gewillt sein, Maßnahmen zu setzen, die in irgendeiner Form als Erfolg für die Hamas oder eine andere palästinensische Organisation angesehen werden könnten. Das zeigt sich demnach darin, dass Israel nicht die Einreise des Komitees palästinensischer Technokraten wie im Trump-Plan vorgesehen erlaubt. Dies verunmöglicht es den Komiteemitgliedern über fünf Monate nach ihrer Ernennung weiterhin, Maßnahmen vor Ort zu ergreifen. Dadurch gelten sie für die BewohnerInnen des Gazastreifens als weitgehend irrelevant (Haaretz 8.5.2025).

Verteidigungsminister Israel Katz bringt indessen laut eigenen Angaben die „freiwillige Auswanderung“ der Bevölkerung des Gazastreifens voran, die „zur rechten Zeit und in der richtigen Form“ erfolgen soll (TOI 27.5.2026). Die aktuelle israelische Regierung als gemäß New York Times „am meisten rechtsgerichtete in der Geschichte Israels“ lehnt „vehement“ die Errichtung eines palästinensischen Staats ab – und auch nur das Reden über einen Weg dorthin (NYT 28.5.2026). Mangels externem Druck und unter Berücksichtigung innerisraelischer politischer Dynamiken (*Anm.: es stehen Wahlen an*) wird nicht mit einem weitreichenden Abkommen für das Gebiet gerechnet, zumal die Lage aus israelischer Perspektive „relativ komfortabel“ ist (Haaretz 8.5.2026).

1.1 Rolle der Hamas im Gazastreifen und die geplanten Verwaltungs- und Sicherheitskräfte

Im Mai 2026 hat die Hamas ihre internen Wahlen abgeschlossen, was zu einer Neuausrichtung ihrer Führung und einer Verschiebung der Machtverhältnisse geführt hat. Bedingt durch die massiven Zerstörungen im Gazastreifen und die gezielte Tötung zahlreicher hochrangiger Funktionäre durch Israel während des Krieges, liegt das Entscheidungszentrum der Organisation nun im Ausland (Haaretz 8.5.2026b).

Khaled Meshal wurde zum Leiter des Politbüros und damit zum obersten Führer gewählt. Er lebt seit den 1990er Jahren im Exil in Katar, pflegt enge Beziehungen zu Katar und steht in Kontakt mit westlichen Ländern (Haaretz 8.5.2026b).

Khalil al-Hayya, der Gaza kurz vor den Angriffen des 7. Oktober verließ und ebenfalls in Katar lebt, wurde zum Chef der Organisation für den Gazastreifen gewählt. Im Gegensatz zu Meshal unterhält er ähnlich wie seine Vorgänger Sinwar und Deif enge Verbindungen zum Iran (Haaretz 8.5.2026b).

Gemäß dem Abkommen zur Beendigung des Krieges soll die Hamas die zivile Verwaltung des Gazastreifens an ein 15-köpfiges Technokraten-Komitee (NCAG) übergeben. Während die Hamas nach außen hin Kooperationsbereitschaft signalisiert, um die Vermittlerstaaten zufriedenzustellen, arbeitet sie im Hintergrund strategisch daran, ihre Machtstrukturen zu erhalten (TOI 23.2.2026).

Die Terrororganisation Hamas bereitet laut Dokumenten, welche der Times of Israel vorliegen, eine Schattenregierung vor und arbeitet daran, Militärkommandanten ihres bewaffneten Flügels, der Al-Qassam-Brigaden, in zivile Schlüsselpositionen einzuschleusen, sobald die mit der Palästinensischen Autonomiebehörde verbundene technokratische Leitung ihre Arbeit im Gazastreifen aufnimmt. Reuters-Quellen zufolge wurden bereits fünf Bezirksgouverneure mit Hamas-Verbindungen ernannt sowie hochrangige Beamte in den Wirtschafts- und Innenministerien ausgetauscht. Die Hamas möchte so de facto die Kontrolle behalten (TOI 23.2.2026).

Unter der Führung von Izz al-Din al-Haddad (dem Nachfolger von Muhammad Sinwar) hatte die Hamas angeordnet, Kopien aller Ministeriumsakten anzufertigen, bevor diese an die neue Verwaltung übergeben werden. Dies ermöglicht es der Gruppe, Regierungsangestellte weiterhin bei Bedarf unter Druck zu setzen (TOI 23.2.2026).

Der interne Überwachungsapparat der Hamas ist weiterhin aktiv und die Überwachung an strategisch wichtigen Orten wie Krankenhäusern soll gemäß Anweisungen verstärkt und Verdächtiges den Hamas-Kommandanten gemeldet werden (TOI 23.2.2026).

Die Hamas profitiert davon, dass sich die weltweite Aufmerksamkeit derzeit auf den Iran richtet, und nutzt dies, um ihre Kontrolle in Gaza weiter zu festigen. Bei jüngsten Treffen in

Kairo mit Nikolay Mladenov verwies die Gruppe vordergründig auf nötige Konsultationen mit anderen palästinensischen Fraktionen. De facto stimmt sie sich jedoch mit dem Iran ab und wartet die Entwicklungen in der Golfregion ab (Haaretz 8.5.2026b).

Die militärischen Fähigkeiten der Hamas sind größtenteils zerstört, weshalb ein Angriff in der Größenordnung des 7. Oktober derzeit ausgeschlossen wird. Dennoch ist die Organisation deutlich stärker, als vom israelischen Premierminister Netanjahu dargestellt. Die Hamas zeigt sich bereit, schwere Waffen in von Ägypten und der IDF bewachten Lagern zu deponieren und Teile ihrer Tunnelkarten zu übergeben. Die israelische Armee geht jedoch davon aus, dass noch mindestens 60 Prozent des Tunnelnetzwerks intakt sind und nicht alle in Karten verzeichnet werden (TOI 23.2.2026).

Die Hamas besteht darauf, halbautomatische AK-47-Gewehre und Panzerfäuste (RPGs) zu behalten. Sie befürchtet unter anderem Racheakte großer Klans, die jahrelang unterdrückt wurden, und der Hamas feindlich gesinnt sind. Israel lehnt dieses Szenario jedoch strikt ab und will lediglich Handfeuerwaffen für eine neue, nicht aus Hamas-Mitgliedern bestehende Polizeieinheit zulassen (TOI 23.2.2026). Diese neue Polizeitruppe soll unter anderem Waffen im Gazastreifen einsammeln. Die Verhandlungen über diese Polizei sind jedoch ins Stocken geraten. Die Hamas macht zur Bedingung, dass Israel sich strikt an die Bedingungen der ersten Phase jenes Waffenstillstands hält, der den zweijährigen Krieg beendet hat (TOI 8.5.2026).

Vorerst haben die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) 100 Millionen US-Dollar an das "Board of Peace" überwiesen, um einen Vertrag zur Ausbildung einer neuen palästinensischen Polizeitruppe für den Gazastreifen zu finanzieren. Diese Einheit soll dem technokratischen Komitee NCAG unterstellt werden, (*Anm.: das wie oben erwähnt, aktuell nicht in den Gazastreifen einreisen darf*) (TOI 8.5.2026).

Eine Sicherheitsfirma aus den VAE ist mit dem Aufbau der rund 27.000 Beamten starken Truppe beauftragt. Die Ausbildung der Rekruten soll in Ägypten und Jordanien stattfinden. Das NCAG hat im Februar mit der Rekrutierung begonnen, woraufhin Tausende Palästinenser ihre Bewerbungen einreichten. Ehemalige zivile Mitarbeiter der Hamas sind als Bewerber zugelassen, müssen jedoch zwingend eine Sicherheitsüberprüfung durch den israelischen Geheimdienst Shin Bet bestehen (TOI 8.5.2026).

Parallel zur Aufstellung der Polizei arbeitet der Friedensrat an der Organisation der *International Stabilization Force* (ISF). Deren Ziel ist es, die israelischen Verteidigungstreitkräfte (IDF) schrittweise im Gazastreifen abzulösen und die Sicherheit vor Ort zu gewährleisten. Indonesien, Albanien, Kasachstan und das Kosovo haben Truppen für diese Mission zugesagt. Bislang wurden jedoch weder Truppen verlegt noch hat deren Ausbildung begonnen (TOI 8.5.2026). Die Aufstellung einer Friedenstruppe gestaltet sich

schwierig: Indonesien hat seine Bereitschaft zur Truppenstellung überdacht, nachdem bei jüngsten Kämpfen im Libanon acht UNIFIL-Soldaten getötet wurden (Haaretz 8.5.2026b). Die Vereinigten Staaten halten scheinbar trotzdem an der Initiative fest. Donald Trump hat kürzlich ein Dekret unterzeichnet, das den Verkauf amerikanischer "Verteidigungsgüter und -dienstleistungen" an den Friedensrat unterstützt. Diese Waffen sollen voraussichtlich der Ausrüstung der ISF dienen (TOI 8.5.2026).

Die größte Gefahr sehen Experten in einer gewaltsamen Übernahme des Gazastreifens durch die Hamas und einer schleichenden militärischen Wiederaufrüstung für zukünftige Offensiven (TOI 23.2.2026).

Sowohl Israel als auch die Hamas gehen davon aus, dass ein erneuter militärischer Konflikt nur eine Frage der Zeit ist (TOI 23.2.2026). Israel warnt regelmäßig vor der Notwendigkeit, den Krieg in Gaza wieder aufzunehmen, um die Hamas endgültig zu besiegen (Haaretz 8.5.2026b). Da keine Geiseln mehr im Gazastreifen festgehalten werden, könnten die israelischen Streitkräfte „viel schneller und viel aggressiver“ vorgehen als früher (TOI 23.2.2026). Verteidigungsminister Israel Katz wiederholte jüngst Israels Ziel, die Hamas von der Macht im Gazastreifen zu entfernen (TOI 27.5.2026).

2 Bewegungsfreiheit innerhalb des Gazastreifens

Die mehr als zwei Millionen BewohnerInnen des Gazastreifens befinden sich größtenteils im Gebietsstreifen entlang der Küster unter Kontrolle der Hamas in behelfsmäßigen Zelten und beschädigten Gebäuden (Haaretz 25.2.2026).

Innerhalb des Gazastreifens ist die Bewegungsfreiheit durch Sperrgebiete, Barrieren und militärische Trennlinien eingeschränkt (OCHA OPT 25.5.2026). Die BBC berichtet über die Errichtung von Barrieren durch die israelischen Streitkräfte von insgesamt 23 Kilometern Länge jenseits der Gelben Linie, und welche von der BBC als „no-go zones“ für ZivilistInnen beschrieben werden (BBC 19.5.2026):



Quelle: BBC 19.5.2026

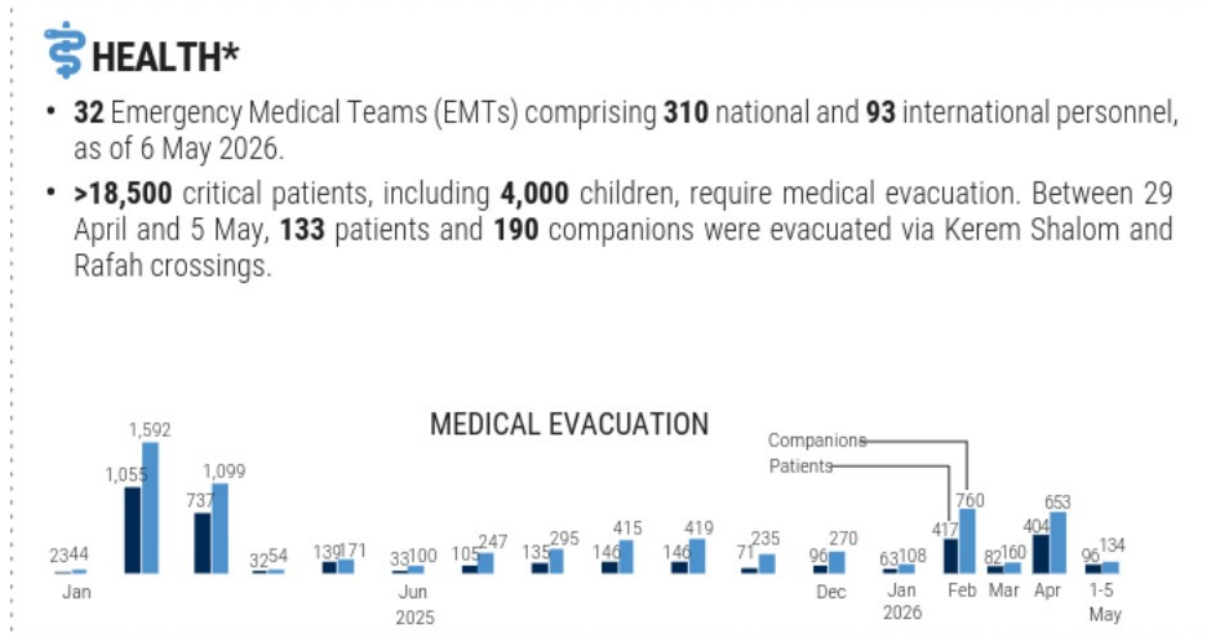
2.1 Ein- und Ausreisemöglichkeiten

Israel besetzt und kontrolliert nach wie vor mehr als 60 Prozent des verwüsteten Gazastreifens, einschließlich aller Ein- und Ausreisepunkte, während sich die palästinensische Bevölkerung an der Küste konzentriert (France24 27.5.2026). Ein freies Bewegen zwischen Gazastreifen und Westjordanland ist nicht möglich (OCHA OPT 26.5.2026).

Seit Wiederaufnahme der EU-Unterstützungsoperation für den Grenzübergang Rafah, EUBAM Rafah (EU Border Assistance Mission for the Rafah Crossing Point), am 2.2.2026 passierten bis zum 4.5.2026 4.210 Personen den Grenzübergang: 2.063 Einreisen und 2.147 Ausreisen, darunter 760 Menschen, die medizinische Behandlung benötigten (EUBAM 4.5.2026).

OCHA OPT verzeichnet aktuell 18.500 PatientInnen, darunter 4.000 Kinder, welche eine medizinische Behandlung außerhalb des Gazastreifens benötigen. Zwischen 29. April und 5. Mai diesen Jahres konnten 133 PatientInnen mit 190 Begleitpersonen via Kerem Shalom und Rafah evakuiert werden. Der Graphik ist zu entnehmen, dass die Zahl der monatlich

Evakuierten seit Jänner 2025 Schwankungen unterliegt mit besonders vielen Ausreisen im Februar und März 2025 sowie Februar und April 2026 (OCHA OPT 6.5.2026):



Quelle: OCHA OPT 6.5.2026

Für den Zeitraum 11.-17.5.2026 berichtet OCHA OPT von der Evakuierung von 59 PatientInnen aus dem Gazastreifen, darunter sechs Kinder, sowie von 87 pflegenden Begleitpersonen. Im selben Zeitraum erhielten 146 Rückkehrende aus Ägypten Leistungen der Partner von OCHA angeboten. Insgesamt erhielten seit der Wiedereröffnung von Rafah 2.429 Rückkehrende Hilfe, von denen aktuell 885 Menschen Folge-„Schutzdienste“ erhalten. Als „protection services“ für insgesamt 11.000 Personen – nicht nur für Rückkehrende – werden mit variierenden Rezipientenzahlen aufgezählt: psychologische Erste Hilfe, Gruppenberatungen, juristische Beratungen, Unterstützung für Personen mit Behinderungen, psychosoziale Sitzungen, Schulungen zur Warnung vor nicht-explodierten Kampfmitteln und Hilfsgüter („relief“) für 1.265 Menschen (OCHA OPT 25.5.2026).

Der Grenzübergang Rafah war gemäß Hamas-nahen Medien kurzfristig am 17. und 18.5.2026 geschlossen (TOI 18.5.2026).

Das Passieren des Grenzübergang Rafah als Hauptausreisemöglichkeit ist auch nach der teilweisen Wiederöffnung im Februar 2026 stark eingeschränkt und brachte wenig Erleichterung für die PalästinenserInnen. Die tägliche Zahl an Ausreisenden liegt an vielen Tagen aufgrund strikter und unbeständiger/widersprüchlicher Bestimmungen unter 150 Personen – oft sind es nur ungefähr 80 Menschen, meist PatientInnen und ihre Angehörigen (The New Arab 1.5.2026).

Für StudentInnen, Arbeitende und Personen mit Bedarf zur Wiedervereinigung ihrer Familien hängt das Passieren der Grenze von strengen und nicht vorhersehbaren Kriterien ab, statt von der Dringlichkeit, was ihre Zukunft ungewiss macht (The New Arab 1.5.2026).

Aktuell warten ungefähr 2.000 StudentInnen auf ihre Ausreise. Bei ständig sich ändernden Ausreiseregeln und begrenzten Stipendien im Ausland können sie nicht ihre nächsten Schritte planen, sondern warten auf Genehmigungen, die Öffnung der Grenze und die Möglichkeit, sie zu erreichen. Am 20.4.2026 demonstrierten Hunderte StudentInnen für eine Öffnung von Rafah (The New Arab 1.5.2026).

Anm.: Aus der Medienbeobachtung seit 2006 ergibt sich, dass es immer wieder zu längeren oder kürzeren Schließungen des Grenzübergangs kommen kann, bzw. die Konditionen seitens Israels und Ägyptens (und auch der Hamas), zu denen dieser passiert werden darf, veränderlich und/oder intransparent sind. Die Bedingungen, wann für eine Person (und etwaige Begleitpersonen) eine Ein- oder Ausreise möglich war oder ist, können je nach Profil und Zeitpunkt variieren. Teilweise benötigte man u.U. höhere Geldbeträge und externe Hilfe.

Kommentar:

Was die Informationslage betrifft, so sind lokale JournalistInnen sowie einheimische und internationale MitarbeiterInnen von internationalen Organisationen sowie NGOs nicht nur selbst von den aktuellen Lebensumständen im Gazastreifen gefordert, sondern erstatten auch noch unter sehr schwierigen Bedingungen Bericht. Im Fall mancher getöteter BerichterstellerInnen kam es zu medialen Kontroversen (angefangen z.B. von den Todesumständen bis hin zu Vorwürfen Israels bezüglich einer Verbindung zur Hamas), deren Zusammenfassung den Rahmen dieser Kurzinformation sprengen würde.

Der Spiegel weist anlässlich einer Reportage unter Ägide des israelischen Militärs auf die anhaltenden Beschränkungen für internationale JournalistInnen bei der Berichterstattung zum Gazastreifen hin:

[...] Internationalen Journalisten verwehrt die israelische Regierung viereinhalb Monate nach Beginn der Waffenruhe weiterhin freien Zugang in das Küstengebiet; die Armee bietet lediglich streng reglementierte Touren an, bei der sie ihre Sicht der Dinge präsentiert und keine Palästinenser zu sehen sind. Fotos und Videoaufnahmen müssen die Journalisten vor Veröffentlichung der israelischen Militäzensur vorlegen. [...]

Der Spiegel (25.2.2026): Unterwegs mit der israelischen Armee in den Tunneln der Hamas, <https://www.spiegel.de/ausland/gazastreifen-wieso-der-krieg-schon-bald-weitergehen-koennte-a-33ff741a-2100-4586-94f5-74409acc3694>, Zugriff 26.2.2026

Zur humanitären Lage im Gazastreifen wird eine eigene Kurzinformation erstellt.



Wien, 1. Juni 2026

Quellen:

- ACLED - Armed Conflict Location and Event Dataset (7.5.2026): Middle East Overview: May 2026, <https://acleddata.com/update/middle-east-overview-may-2026#gaza-israel-escalates-attacks-as-hamas-refuses-to-disarm-0>, Zugriff 29.5.2026
- BBC – British Broadcasting Corporation (19.5.2026): Why is Israel building these long barriers inside Gaza?, <https://www.bbc.com/news/videos/cy925w83p21o>, Zugriff 28.5.2026
- EUBAM Rafah - [EU Border Assistance Mission for the Rafah Crossing Point](https://www.eeas.europa.eu/eu-border-assistance-mission-rafah-crossing-point/video-4000-crossings-and-counting-key-milestone-eubam-rafah_en?s=410503) (4.5.2026): VIDEO - 4,000 Crossings and Counting: A Key Milestone for EUBAM Rafah, https://www.eeas.europa.eu/eu-border-assistance-mission-rafah-crossing-point/video-4000-crossings-and-counting-key-milestone-eubam-rafah_en?s=410503, Zugriff 29.5.2026
- France 24 (27.5.2026): Trump Board of Peace's official Gaza fund is empty despite billions pledged, source says, <https://www.france24.com/en/middle-east/20260527-trump-board-of-peace-official-gaza-fund-is-empty-despite-billions-pledged-source-says>, 27.5.2026
- Haaretz (29.5.2026): Netanyahu: I Ordered Israeli Forces to Expand Gaza Control to 70 Percent, <https://www.haaretz.com/israel-news/israel-security/2026-05-29/ty-article/netanyahu-i-ordered-israeli-forces-to-expand-gaza-control-to-70-percent/0000019e-713a-d84e-a3be-f53b25440000>, Zugriff 29.5.2026
- Haaretz (20.5.2026): Trump's Board of Peace to UN: Promised Funding for Gaza Rebuild Has Not Been Transferred, <https://www.haaretz.com/israel-news/israel-security/2026-05-20/ty-article/.premium/trumps-board-of-peace-to-un-promised-funding-for-gaza-rebuild-not-transferred/0000019e-4149-d290-a9bf-f3fb360b0000>, Zugriff 20.5.2026
- Haaretz (16.5.2026): Four Months In, Can Trump's Board of Peace for Gaza Turn Plan Into Action?, <https://www.haaretz.com/middle-east-news/2026-05-16/ty-article-magazine/.premium/can-trumps-board-of-peace-for-gaza-force-its-plan-on-hamas-and-israel/0000019e-2af6-d1fe-affe-3bfe31540000>, Zugriff 16.5.2026
- Haaretz (8.5.2026b): Analysis - With Both Sides Playing for Time, Another Israel-Hamas Flare Up Seems Inevitable, <https://www.haaretz.com/israel-news/israel-security/2026-05-08/ty-article/.premium/with-both-sides-playing-for-time-another-israel-hamas-flare-up-seems-inevitable/0000019e-0429-df19-af9e-07fbb4ec0000>, Zugriff 12.5.2026
- Haaretz (8.5.2026): Gaza Talks Stall Amid U.S. Disinterest and Expanding Israeli Control, Arab Sources Say, <https://www.haaretz.com/israel-news/israel-security/2026-05-08/ty-article/.premium/arab-sources-u-s-disinterest-in-gaza-hinders-talks-as-israel-tightens-grip/0000019e-03cf-d9e5-a7de-ebcf27330000>, Zugriff 12.5.2026
- Haaretz (25.2.2026): Gaza Firm to Build UAE-funded Housing Compound in Israeli-held South, Sources Say, <https://www.haaretz.com/gaza/2026-02-25/ty-article/gaza-firm-to-build-uae-funded-housing-in-israeli-held-south-sources-say/0000019c-94f1-dfa9-a7bd-d6f9d43a0000>, Zugriff 25.2.2026
- Health Cluster (Stand 31.5.2026): Gaza Strip Casualties, <https://app.powerbi.com/view?r=eyJrljoiODAxNTYzMjYtMjQ3YS00OTMzLTkxMWQOTU1NWExMzE5NTMwliwidCI6ImY2MTBjMGIGI3LWJkMjQNGlZOS04MTBILTNkYzI4MGFmYjU5MCIslmMiOjh9>, Zugriff 1.6.2026
- INSS – The Institute for National Security Studies (Stand 17.5.2026): Dashboard: Swords of Iron, <https://www.inss.org.il/publication/war-data/>, Zugriff 29.5.2026
- NYT - The New York Times (28.5.2026): The Mideast Is Baffled by Trump's Call to Expand Abraham Accords.

- <https://www.nytimes.com/2026/05/28/world/middleeast/trump-abraham-accords.html>,
Zugriff 28.5.2026
- OCHA OPT - United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (25.5.2026): oPt: Humanitarian Situation Report | 25 May 2026, <https://www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/opt-humanitarian-situation-report-25-may-2026>, Zugriff 29.5.2026
 - OCHA OPT - United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (20.5.2026): Reported impact snapshot | Gaza Strip (20 May 2026), <https://www.ochaopt.org/content/reported-impact-snapshot-gaza-strip-20-may-2026>, Zugriff 29.5.2026
 - OCHA OPT - United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (6.5.2026): REPORTED IMPACT SNAPSHOT | GAZA STRIP 6 May 2026 at 15:00, https://www.ochaopt.org/sites/default/files/Gaza_Reported_Impact_Snapshot_6_May_2026.pdf, Zugriff 13.5.2026
 - OCHA OPT – United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (o.D.a): Middle East and North Africa - Occupied Palestinian Territory - Overview, <https://www.unocha.org/occupied-palestinian-territory>, Zugriff 24.2.2026
 - OCHA OPT – United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (o.D.b): Middle East and North Africa - Occupied Palestinian Territory – Projected Situation, <https://www.unocha.org/occupied-palestinian-territory>, Zugriff 24.2.2026
 - The New Arab (1.5.2026): Gaza students see hopes of studying abroad dim as Rafah crossing remains tightly controlled by Israel, <https://www.newarab.com/features/israels-rafah-crossing-clampdown-freezes-gazas-academic-hopes>, Zugriff 29.5.2026
 - TOI – The Times of Israel (27.5.2026): Hamas military chief Mohammed Odeh killed by Israel, 11 days after predecessor slain, <https://www.timesofisrael.com/israel-targets-new-hamas-military-chief-mohammed-odeh-11-days-after-killing-his-predecessor/>, Zugriff 27.5.2026
 - TOI – The Times of Israel (18.5.2026): Rafah crossing into Gaza reportedly closed for second consecutive day, https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/rafah-crossing-into-gaza-reportedly-closed-for-second-consecutive-day/, Zugriff 1.6.2026
 - TOI – The Times of Israel (17.5.2026): 'Now 60%': Netanyahu admits Israel taking more territory in Gaza, despite ceasefire, <https://www.timesofisrael.com/now-60-netanyahu-admits-israel-taking-more-territory-in-gaza-despite-ceasefire/>, Zugriff 20.5.2026
 - The Times of Israel (8.5.2026): UAE sends Board of Peace \$100 million for training of new Gaza police force — officials, <https://www.timesofisrael.com/uae-sends-board-of-peace-100-million-for-training-of-new-gaza-police-force-officials/>, Zugriff 12.5.2026
 - TOI – The Times of Israel (30.4.2026): New maps provided to aid groups show expanded zone of IDF control in Gaza, <https://www.timesofisrael.com/new-maps-provided-to-aid-groups-show-expanded-zone-of-idf-control-in-gaza/>, Zugriff 20.5.2026
 - TOI – The Times of Israel (23.2.2026): Hamas seen working to maintain control of Gaza via Trump-backed bodies, <https://www.timesofisrael.com/hamas-seen-working-to-maintain-control-of-gaza-via-trump-backed-bodies/>, Zugriff 24.2.2026

Das gegenständliche Produkt der Staatendokumentation des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl wurde gemäß den vom Staatendokumentationsbeirat beschlossenen Standards und der Methodologie der Staatendokumentation erstellt.

Die Kurzinformationen der Staatendokumentation beinhalten anlassbezogene Informationen zu relevanten Themenbereichen in Herkunftsländern bzw. EU-Mitgliedsstaaten. Die KI kann Arbeitsübersetzungen fremdsprachiger Quellen beinhalten.

Das gegenständliche Produkt erhebt bezüglich der zur Verfügung gestellten Informationen keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Aus dem vorliegenden Produkt ergeben sich keine Schlussfolgerungen für die rechtliche Beurteilung eines konkreten Verfahrens. Das vorliegende Dokument kann insbesondere auch nicht als politische Stellungnahme seitens der Staatendokumentation oder des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl gewertet werden.